

Es gilt das gesprochene Wort

## **“Haushalt mit Weitblick – Verantwortung statt Verschuldung!”**

Haushaltsrede zur Ablehnung des Haushaltsplanentwurfs

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir stehen heute vor der Entscheidung über den Haushaltsplanentwurf der Stadt Springe. Nach eingehender Analyse müssen wir als Gruppe CDU/FWS diesen Entwurf ablehnen. Die finanziellen Verpflichtungen, die sich aus diesem Plan ergeben, sind in der aktuellen Lage nicht tragbar und gefährden die nachhaltige Finanzierbarkeit unserer Stadtentwicklung.

**Warum ist dieser Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig?** Es fehlt eine mittelfristige Investitions- und Finanzplanung über einen Zeitraum von zehn Jahren, sowie darauf aufbauend die klare Darstellung der Zins- und Tilgungsleistungen.

**Zur Verdeutlichung einige wenige Zahlen:**

Ordentliche Erträge: 68,98 Mio. Euro

Ordentliche Aufwendungen: 78,10 Mio. Euro

**Defizit: 9,12 Mio. Euro**

Zusätzlich belasten uns **Verpflichtungsermächtigungen** für die kommenden Jahre in Höhe von insgesamt 42,8 Millionen Euro:

Planjahr 2025: 19,5 Millionen Euro

Planjahr 2026: 12,9 Millionen Euro

Planjahr 2027: 10,4 Millionen Euro

**Zinsbelastungen** steigen in der mittelfristigen Planung rasant:

2025: 1,6 Mio

2026: ca. 2,5 Mio

2027: ca. 3,1 Mio

2028: 3,9 Mio

Mit der Verabschiedung des Plans soll für 2025 eine Kreditermächtigung über 20,5 Millionen € genehmigt werden

Diese Summen zeigen deutlich, dass wir uns auf eine langfristige finanzielle Belastung einlassen würden, die erhebliche Auswirkungen auf zukünftige Haushalte hat, ohne eine verlässliche Strategie zur Gegenfinanzierung. Wir müssen uns der Frage stellen, ob die Dringlichkeit und Umsetzbarkeit der geplanten Maßnahmen tatsächlich gerechtfertigt sind.

In der Rede zur Einbringung des Haushaltes betonte der Bürgermeister, die Verwaltung habe schon mehr als 6 Millionen Euro gegenüber den Anmeldungen gekürzt. Im Ernst? Ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker sollten nun 9,1 Millionen Euro im Entwurf konsolidieren? Und dann ist am Ende die Politik der Buhmann?

Es ist klar abzulesen, was in 2024 nicht geschafft wurde, obwohl es in den Planungen vorgesehen war. In den vergangenen Jahren fiel das Rechnungsergebnis letztlich oft besser aus als in der Planung dargestellt; aus einem Defizit wurde fast ein Plus. Aktuell sieht es ganz anders aus: Der für das Jahr 2024 prognostizierte Fehlbetrag scheint Realität zu werden – **wir haben den Kippunkt überschritten.**

Aus dem Jahr 2023 wurden Haushaltsreste in Höhe von 22,4 Millionen € auf das Jahr 2024 übertragen, nach dem vorläufigen Ergebnis zum Stichtag 14.01.2025 stehen noch 30,3 Millionen € für Investitionen zur Verfügung. Diese beachtlichen Haushaltsreste verdeutlichen, dass die Planungen überambitioniert, nicht realistisch sind: es sollte jedoch nur das eingeplant werden, was auch leistbar ist – sowohl finanziell als auch personell. Der Vorwurf der fehlenden Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ist hier gerechtfertigt.

Und doch sind erneut teilweise neue investive Leistungen im Haushaltsplan 2025 enthalten, die teilweise auch freiwilliger Natur sind und mit Vehemenz vorangetrieben werden, während Pflichtleistungen auf der Strecke bleiben: Beispiele hierfür sind die Mensen in Grundschulen, Toilettensanierungen und der Neubau des Otto-Hahn-Gymnasiums – alles unabweisbare, unabdingbare, nicht aufschiebbare Investitionen. Die Ursache für dieses finanzielle Desaster liegt im fehlenden strategischen Investitionsmanagement. Stattdessen werden immer wieder Einzelwünsche abgearbeitet, ohne eine übergeordnete Priorisierung – die im Stadtentwicklungskonzept verschriftlichten Wünsche aus den einzelnen Stadtteilen machen deutlich, dass so manche Träume wie Seifenblasen zerplatzen werden.

Dringlichkeit und Umsetzbarkeit müssen dringend auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn Plan und Realität immer wieder weit auseinander liegen, stellt sich die Frage, wie realitätsnah diese Planungen überhaupt sind; sie widersprechen dem Prinzip der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Die Gruppe SPD/Grüne/Linke hat fleißig Anträge zum Haushalt geschrieben. Mit dem Antrag, bei Überschreitungen der Budgeteckwerte um mehr als 20 % Kürzungen vorzunehmen, versprach man sich eine deutliche Reduzierung des Defizits. Unsere Bedenken gegen dieses pauschale Vorgehen haben sich nach Vorlage der letzten Änderungsliste bestätigt:

das würde Kürzungen etwa bei sozialpädagogischen Angeboten in Schulen, Ganztagsangeboten, Ferienbetreuung, Medienausstattung von Schulen oder z. B. dem Überflutungsschutzkonzept für Völksen bedeuten. Besonders brisant wäre die Kürzung der laufenden Gebäudeunterhaltung für das Otto-Hahn-Gymnasium und die Feuerwehren um 740.700 Euro – diese beiden Positionen sollen auf Null gesetzt werden. Wollen wir das wirklich?

Wohin das Sparen an der Gebäudeunterhaltung führt, zeigen uns die jüngsten Meldungen: Sperrung der Schulsportanlagen im Schulzentrum Süd und an der Grundschule am Ebersberg; die Kosten für die notwendige Sanierung sind noch nicht im Planentwurf enthalten. Der Bürgermeister dürfte dem Entwurf eigentlich nicht zustimmen: die vorgeschlagen Budgetkürzungen nach bereinigten Eckwerten kastriert das Verwaltungshandeln. Wer dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmt, nimmt der Verwaltung den nötigen Handlungsspielraum. Wie sein Fachbereichsleiter, Herr Gebauer betont hat, steuert der Bürgermeister damit sehenden Auges auf eine Zahlungsunfähigkeit zur Jahresmitte zu.

Wir haben als einen Konsolidierungsvorschlag die Streichung des Investitionsansatzes von 3 Millionen € für das Waldbad in Altenhagen eingebracht. Das geplante neue Becken wäre erst der Anfang, es müssten weitere Investitionen folgen: Umkleidebereich, Kiosk und Sanitäranlagen. Auch wenn wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Altenhagen an ihrem Freibad hängen, auch wenn Fördermittel den Eigenanteil der Stadt minimieren würden (auch dabei handelt es sich um Mittel aus Steuern) – eine Investition in dieser Größenordnung für eine freiwillige Leistung ist in unserer Lage nicht zu verantworten.

## Gruppe im Rat der Stadt Springe 2021-2026

Unseren Prüfauftrag zu einer möglichen wirtschaftlichen Verwendung unseres Stadtwaldes wurde bereits im Finanzausschuss durch das Votum der Mehrheitsgruppe abgelehnt.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Haushaltsentwurf nicht das abbildet, was die Springer Stadtgesellschaft braucht. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und steigender Lebenshaltungskosten wollen wir die Bürgerinnen und Bürger nicht durch höhere Steuern zusätzlich belasten. Doch genau das müssten wir tun, wenn wir diesem Haushaltsplanentwurf wider besseren Wissens zustimmen würden.

Leider haben die Workshops mit IPM zur strategischen Investitionsplanung noch nicht stattgefunden. Umso wichtiger wäre es, sich bei nicht dringenden Investitionen zurückzuhalten – insbesondere wenn die Folgekosten noch nicht in die Kalkulation eingeflossen sind.

Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist es unsere Verantwortung, mit den finanziellen Ressourcen der Stadt besonnen umzugehen. Es gilt, Projekte und Investitionen kritisch zu prüfen und sicherzustellen, dass sie nicht nur notwendig, sondern auch realistisch umsetzbar sind.

**Unsere Forderungen:**

- Einschränkung freiwilliger Leistungen und der damit verbundenen Investitionen
- Klare Priorisierung notwendiger Maßnahmen
- Realistische Finanzplanung für die kommenden Jahre

**Unser Ziel** ist eine nachhaltige und tragfähige Finanzpolitik, die langfristige Entwicklungen ermöglicht, ohne unsere Stadt zu überfordern.

Aus diesen Gründen lehnen wir den vorgelegten Haushaltsplanentwurf ab und fordern eine Neuausrichtung, die finanzielle Verantwortung und nachhaltige Entwicklung in Einklang bringt.

Wir fordern eine Überarbeitung des Haushaltsplans mit einer klaren Priorisierung der Maßnahmen. Nur so können wir gewährleisten, dass die finanziellen Mittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht werden, ohne die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt zu gefährden.

Nur mit einem konsequenten Konzept und einer realistischen Finanzplanung können wir verhindern, dass unsere Stadt in einen finanziellen Kollaps stürzt und ihre nachhaltige Stabilität sowie Handlungsfähigkeit aufs Spiel setzt.

Statt kurzfristiger Einzelentscheidungen braucht es eine vorausschauende Strategie, die unsere Stadt auf eine gesunde finanzielle Basis stellt.

**Lassen Sie uns gemeinsam an einer stabilen Zukunft für Springe arbeiten!**

Mein besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung für die im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltsplans geleistete Arbeit

Elke Riegelmann (Gruppenvorsitzende)

19. Februar 2025



Vors. Gruppe CDU/FWS